



## Schriftliche Anfrage

des Abgeordneten **Dr. Hans Jürgen Fahn FREIE WÄHLER**  
vom 21.07.2017

### **Rolle des Sozialversicherungsabkommens in den bayerisch-russischen Beziehungen**

Im Bericht der Staatsministerin für Arbeit und Soziales, Familie und Integration Emilia Müller vom 18.07.2017 zu den Landtagsbeschlüssen vom 14.02.2017 (Drs. 17/15450; Drs. 17/15453) lautet der letzte Absatz wie folgt:

„Der Bayerischen Staatsregierung sind die Anliegen der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland, ebenso wie die Anliegen aller Heimatvertriebenen, besonders wichtig. Der Freistaat setzt sich in vielfacher Weise für ihre Interessen ein und bringt sie bei passender Gelegenheit zur Sprache.“

Die Formulierung ist mit Blick auf die vom Landtag gefassten Beschlüsse hinsichtlich der Aufforderung, sich für das ausstehende Sozialversicherungsabkommen (SVA) im Rahmen der bayerisch-russischen Beziehungen stark zu machen, sehr vage.

Vor diesem Hintergrund frage ich die Staatsregierung:

1. Beinhaltet die zitierte Formulierung, dass die Staatsregierung bei künftigen Gesprächen mit der russischen Seite plant, das SVA konkret zur Sprache zu bringen?
2. Hat die Staatsregierung bisweilen schon eine Gelegenheit gefunden, bzw. ist bereits eine Gelegenheit in Aussicht, um das SVA gegenüber der russischen Seite zur Sprache zu bringen?

## Antwort

**des Staatsministeriums für Arbeit und Soziales, Familie und Integration in Abstimmung mit der Staatskanzlei**  
vom 13.09.2017

Zu 1:

Über den Inhalt künftiger Gespräche wird anlassbezogen und zeitnah zum Gespräch entschieden.

Zu 2:

Seit dem Bericht von Staatsministerin Emilia Müller vom 18.07.2017 haben keine Gespräche mit der Staatsspitze der Russischen Föderation stattgefunden. Über eventuelle Reisen nach Moskau wurde bislang nicht entschieden.